

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

19.2.1903 (No. 49)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 19. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 164), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unerlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

N^o 49.

1903.

Hof-Ansage.

Wegen des am 14. Februar d. J. erfolgten Ablebens Ihrer Kaiserlichen und Königl. Hoheit der **Erzherzogin Elisabeth Franziska Maria von Oesterreich**

legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf 10 Tage bis zum 27. Februar einschließlich nach der 4. Stufe der Trauerordnung an.

Karlsruhe, den 18. Februar 1903.

Großherzogliches Oberkammerherrn-Amt.

Graf von Berckheim,
Vize-Oberceremonienmeister.

Amtlicher Teil.

Seine Königl. Hoheit der **Großherzog** haben unterm 14. d. M. gnädigst geruht, den Finanzpraktikanten **Emil Seich** von Eichelberg unter Verteilung des Titels Finanzassessor zum zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung mit Hauptamtskontrollorsrang zu ernennen.

Gemäß Entschliessung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 18. Februar 1903 bleibt Finanzassessor **Emil Seich** dem Sekretariate dieses Ministeriums zugeteilt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Nach der Unterzeichnung des **Venezuelaprotokolls**.
SRK. Berlin, 17. Februar.

Obwohl aktenmäßig feststeht, daß der internationale Schiedsgerichtshof in Haag gerade von Deutschland zweimal, im Juli 1901 und im Dezember 1902, initiativ zur Lösung der venezolanischen Streitfrage herangezogen worden ist, beharren namentlich französische Blätter dabei, die in Aussicht genommene Ueberweisung einzelner, bisher in Washington unerledigt gebliebener Punkte nach dem Haag als einen Mißerfolg unserer Politik darzustellen. Die vom „Journal des Débats“ zum Dogma erhobene Behauptung, das Berliner Kabinett sei der Anrufung des auf Kaiser Nikolaus von Rußland zurückzuführenden Gerichtshofes grundsätzlich abgeneigt, ist eine einfältige Denunziation. Der französischen Presse steht es am allerwenigsten an, in dieser Sache gegen Deutschland den Sittenrichter zu spielen. Weshalb ist Frankreich nicht mit seinen Forderungen im Falle Lorando-Tubini vor das Haager Schiedsgericht gegangen, statt ein Geschwader in die Gewässer von Mytilene zu entsenden? Dugendfach ist gegenüber den Kartüffiaden der Pariser Blätter während des Venezuelastreites diese Frage gestellt worden. Es wäre zeitgemäß, wenn das „Journal des Débats“ sie überzeugend beantworten und sich gleichzeitig von dem Vorwurf einer gegen uns gerichteten verächtlichen Angeberei bei Rußland reinigen wollte.

Nur für einen Punkt ist von der deutschen Politik die Berufung an den Haag rundweg abgelehnt worden, nämlich für die Feststellung der Rechtmäßigkeit unserer hinlänglich gepriiften erstklassigen Forderung, deren Befriedigung jetzt durchgesetzt ist. Dieser Anspruch war durch Gewaltakte begründet, die in den Jahren 1898 bis 1900 von der Regierung des Präsidenten Castro oder deren Organen gegen Reichsangehörige begangen oder verschuldet worden sind. Eine entsprechende Sühne dafür war auf diplomatischem Wege wiederholt gefordert, von Venezuela aber trotz aller eindringlichen Vorstellungen verweigert worden. Deshalb wurde nach Beginn der Washingtoner Besprechungen in der deutschen Note vom 22. Dezember v. J. die Vorwegbefriedigung dieser Forderung ohne weitere Nachprüfung zur *conditio sine qua non* für jedes deutsche Abkommen mit Venezuela gemacht. Bis in die letzten Tage vor Unterzeichnung dauerten auf venezolanischer Seite die Bemühungen fort, sich dieses unbequemen Anspruchs mit einer Teilzahlung zu entledigen; sie scheiterten an der Festigkeit der von Berlin aus erteilten Weisungen. Die restlose Anerkennung und Sonderbefriedigung der früher mit offener Mißachtung behandelten deutschen Hauptforderung ist ein Ergebnis, von dem sich die Venezolaner beim Eintritt in die Washingtoner Verhandlungen wohl nichts haben träu-

men lassen. Auch in amerikanischen Kreisen hatte man diesen Ausgang kaum erwartet, und das Ansehen Deutschlands bei allen beteiligten Mächten ist dadurch gewiß nicht geringer geworden. Nach diesem ersten Siege unseres guten Rechts kann der etwaigen Entscheidung sonstiger Forderungen durch das Gericht im Haag ruhig entgegengeesehen werden.

Ein gewisses innerliches Widerstreben gegen die Vereinzigung dieses Gerichts ist allerdings, wenn auch nicht auf deutscher Seite, vorhanden. In Caracas, wie in Washington würde noch heute die endgültige Beilegung aller unerledigt gebliebenen Streitpunkte auf amerikanischem Boden vorgezogen werden. Man möchte dort nicht gern für die Tätigkeit eines europäischen Gerichtes in amerikanischen Dingen einen Präzedenzfall schaffen. Es wäre möglich, daß diese Strömung noch zu weiteren Zugeständnissen von hinreichendem Umfange führt, um die Mitwirkung des Haager Schiedsgerichts entbehrlich zu machen. Falls aber ist es, daß Deutschland irgendwelche Anstrengungen mache, um diese Mitwirkung auszuschließen.

Wenn ferner der „New-York Herald“ von einer Diktatur der öffentlichen Meinung Amerikas faselt, der Europa sich habe unterwerfen müssen, so verschweigt das Blatt, daß in den Vereinigten Staaten das Aufhören der Blockade für den Augenblick erwartet und verlangt wurde, wo Castros Bevollmächtigter amerikanischen Boden betrat, daß aber die Mächte ruhig weiterblockierten und daß sie erst jetzt im Austausch gegen befriedigende Zugeständnisse Venezuelas diese Maßnahme aufgehoben haben. Endlich mag auch das neueste Geheimnis unserer einheimischen Nörglerzunft nicht unerwähnt bleiben, es sei in bedenklicher Weise das Prestige Amerikas dadurch erhöht worden, daß drei europäische Mächte an der Küste Venezuelas ein völkerrechtlich legitimes Zwangsverfahren, unbekümmert um alles im Namen der Monroe-Lehre erhobene Geschrei, wirksam zu Ende geführt haben. (!)

(Telegramme.)

* Berlin, 18. Febr. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 16. Februar, welche lautet: Nachdem die zwischen Deutschland und Venezuela entstandenen Streitigkeiten beigelegt sind, ist die von den deutschen Seestreitkräften über die Häfen Puerto Cabello und Maracaibo verhängte Blockade aufgehoben worden. Daran anschließend teilt der „Reichsanzeiger“ mit, daß nach amtlichen Mitteilungen Englands bezw. Italiens auch die seitens der Seestreitkräfte dieser Staaten verhängte Blockade aufgehoben worden ist.

* Washington, 17. Febr. Staatssekretär Gah und Bowen unterzeichneten das Protokoll, nach welchem in Caracas eine aus einem Venezolaner und einem Amerikaner bestehende Kommission eingesetzt wird, zur Regelung der Forderungen der Vereinigten Staaten gegen Venezuela. Wenn die Kommission eine Einigung nicht erzielen kann, soll auf Vorschlag beider Mächte die Königin der Niederlande um Ernennung eines Schiedsrichters ersucht werden.

* Caracas, 18. Febr. Nach dem Pariser „Matin“ hat das Amtsblatt für gestern ein Dekret veröffentlicht, nach dem vom 7. ab eine 30prozentige Kriegsteuer von allen eingeführten Waren erhoben wird. Ferner werden Kaffee, Cacao und Leder mit einer Ausfuhrsteuer belegt. Diese Tage wird nicht von den Zollbehörden, sondern von einem eigenen Regierungsausschuß erhoben werden. Die Kaufmannschaft protestiert gegen diese Tage.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 17. Februar.

Abg. Sachse (fortfahrend) bespricht die Mißstände in den Bergwerksbetrieben und führt namentlich über die Grubeninspektoren Beschwerde, welche häufig nicht genügende Verschwiegenheit beobachteten und die Namen der Beschwerdeführer bekannt gaben. Aus den Strafen, welche den Bergleuten aus den mannigfachen Gründen auferlegt würden, zögen die Grubenbesitzer Nutzen. Ueber die Behandlung der Arbeiter beklagte nicht nur wir uns, sondern auch christliche Bergarbeiter. Die Unfallverhütungsmassregeln sind oft nur sehr ungenügend eingeführt. Für die 300 Millionen, die in China verbraucht wurden, hätte man lieber Arbeiterwohnungen bauen sollen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Geh. Rat Fischer wendet sich zunächst gegen die Angriffe des Abg. Wurm gegen die sächsischen Gewerbeinspektoren. Schon der Staatssekretär des Innern habe ausgeführt, daß den Gewerbeinspektoren zur Pflicht gemacht sei, sich größerer sozialpolitischer Auseinandersetzungen zu enthalten. Der Fraktionsgenosse Wurm, Abg. Hoch, habe gerade umgekehrt dem Gewerbeinspektor zum Vorwurf gemacht,

(Mit einer Beilage.)

daß er mehr als Tatsächliches berichtet. Das Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Gewerbeinspektoren war in Sachsen ein wenig angenehmes. Es wurden in Arbeiterversammlungen schwere Vorwürfe gegen die Gewerbeinspektoren erhoben; die sozialdemokratische Presse tat das ihrige dazu. Unter solchen Umständen können Sie nicht verlangen, daß die Gewerbeinspektoren vor den Arbeitern den Kotau machen. Redner weist darauf im einzelnen die von sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die sächsischen Bergwerke erhobenen Beschwerden zurück. Der Sachverhalt liege in Wirklichkeit ganz anders, als er hier dargestellt worden sei. Auch die im vorigen Jahre von dem Abg. Sachse vorgebrachten fünf bis sechs Beschwerdefälle hätten sich nach den inzwischen von den sächsischen Regierungen vorgenommenen Prüfungen sämtlich als unbegründet herausgestellt. Abg. Sachse werde es daher der sächsischen Regierung nicht verdienen, daß sie ihm, wenn er wieder Beschwerden über sächsische Verhältnisse vorbringe, in allen Fällen entgegenrete, wo er etwas behauptet, was mit den Tatsachen nicht im Einklang stehe. (Beifall.)

Geheimer Bergrat Reihner schließt sich den Ausführungen des Geh. Rats Fischer an.

Abg. Schwarz-München (wild-lib.) bespricht zunächst die Wohnungssfrage. Wenn die Kommunen sich Grundeigentum sichern sollten, in einem Maßstabe, der irgendwie Zweck haben soll, so würde das doch weit über ihre Leistungsfähigkeit hinausgehen. Redner spricht sich gegen den Befähigungsnachweis aus, dessen Durchführung nach Lage der Verhältnisse nur zu Enttäuschungen führen könnte und verbreitet sich über die Vätereverordnung, bei welcher die Regierung die von den Sachverständigen gemachten Vorschläge nicht immer benütze.

Abg. Stöckmann (Reichsp.): Wohnungsbedarf und übermäßiger Alkoholgenuss sind zwei Uebel, die am Markt des Volkes zehren. Schon vor vier Jahren wurde erklärt, daß ein Gesetz gegen die Trunksucht im Reichsamt des Innern in Ausarbeitung begriffen sei. Seitdem ist in jedem Jahre der Wunsch nach einem solchen Gesetz hier wiederholt worden. Wir möchten hoffen, daß diese gesetzgeberische Arbeit nunmehr zum Abschlusse gelangt. Redner wendet sich darauf gegen die Ausführungen des Abg. Reus gegen die angebliche Niederhaltung der ländlichen Arbeiter, denen Streiks unmöglich seien. Zur Besserung der Lohnverhältnisse bräuchten die ländlichen Arbeiter keinen Streik; das beweisen die Lohnsteigerungen auf dem Lande in den letzten 30 Jahren.

Abg. Euler (Zentr.) tritt für die Einführung des Befähigungsnachweises ein. Die Bestimmungen müßten den örtlichen Verhältnissen angepaßt und für die Stadt anders festgesetzt werden, als für das Land.

Abg. Zubeil (Soz.): Durch Gesetze werden Sie (nach rechts) die Trunksucht niemals aus der Welt schaffen. Sorgen Sie für Minimallohne und für eine vernünftige Lebenshaltung der Arbeiter. Die Sozialdemokratie verspricht den Arbeitern nichts, wie Abg. Stöckmann behauptet, sie fordert die Arbeiter nur auf, sich zu Organisationen zusammenzuschließen und so ihre Lage zu verbessern. So lange Abg. Stöcker die Murrenden, die aus den ärmlichsten Verhältnissen genommen sind, von Hof zu Hof hegt und sich nicht scheut, sie in Lokalen mit Damenbedienung zu lassen, so lange darf er nicht das Prädikat in Anspruch nehmen, daß er ein Freund des Schutzes der Kinder sei. Redner bespricht dann die Mißstände in den Ziegeleien und wirft mit Bezugnahme auf die Urteile wegen Uebertretung der Gewerbeordnung den Richtern Parteilichkeit zu gunsten des Unternehmertums vor. Er wird vom Vizepräsidenten Büsing deshalb zur Ordnung gerufen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. — Schluß halb 7 Uhr.

* Berlin, 18. Februar.

(Telegraphischer Bericht.)

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

In fortgesetzter Beratung des Etats des Reichsamts des Innern kommt Abg. Crüger (Volksp.) nochmals auf den Ausschluß von Genossenschaften auf dem Kreuznacher Genossenschaftstage zurück und wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie ihm das Wort im Munde verdrehen. Der Ausschluß sei aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt.

Abg. Schwarz (Zentr.) befürwortet die Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe und verteidigt die Politik des Zentrums gegen die sozialdemokratischen Angriffe.

Abg. Stöcker fragt an, ob der Ausspruch: „Christlich-sozial ist Unsinn“ authentisch sei. Die christlich-soziale Bewegung trug in England sehr viel zur Beruhigung der Arbeiterbewegung bei. Die Sozialdemokraten bezeichnen den Verdienst der Unternehmer als Blut- und Schandgeld, wenn aber die Sozialdemokraten selbst Geschäfte machen, sei es etwas anderes.

Abg. Reihner wünscht etwas weniger Ueberhebung seitens des Abg. Stöcker und bemängelt dann die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten in Sachsen-Meinungen.

Abg. Stöcker bemerkt, daß entgegen den über ihn verbreiteten Verleumdungen keine Spur von Unrecht an ihm geblieben sei. Die Sozialdemokraten sollten zusehen, daß der von Schumann dem Abg. Bebel vorgeworfene Meineid klaggestellt werde.

Abg. Wurm führt aus, daß der angebliche Meineid Bebels von einem notorischen Lumpen und Gerichtspitzel behauptet worden sei. Gegenüber dem Abg. Crüger be-

merkt Redner, daß die Genossenschaft ausgeschlossen wurde, weil sie sozialdemokratisch gewesen sei.

* Berlin, 17. Febr. Die Budgetkommission des Reichstags genehmigte mit 14 gegen 12 Stimmen die geforderten 564 Civilhandwerker für die Bekleidungsämter des Gardekorps und des 15. Korps und genehmigte in Verbindung damit mit allen gegen 4 Stimmen die geforderten Offizierstellen für die infolge Freiwerdens der Militärhandwerker neu zu errichtenden vier Fußartillerie-Kompagnien. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Gehaltsaufbesserung der Infanterieleutnants. Weiterberatung morgen.

* Berlin, 18. Febr. Die Budgetkommission des Reichstags lehnte mit 15 gegen 12 Stimmen gemäß dem Antrage Hören die im Etat vorgesehenen Gehaltserhöhungen der Oberfeldwebel der Infanterie ab. Dagegen stimmten das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten.

Die Eröffnung des britischen Parlaments. (Telegramme.)

* London, 17. Febr. Das Oberhaus bot während der Verlesung der Thronrede durch Seine Majestät den König einen glänzenden Anblick. Vor dem Thron hatten sich die höchsten Vertreter der Behörden aufgestellt. Rechts vom Thron stand das diplomatische Korps, während die Pairs die vordersten Bänke des Hauses und deren Gattinnen die dahinter liegenden einnahmen. Die Seitengalerien waren von zahlreichen hervorragenden Besuchern, unter denen alle Länder vertreten waren, besetzt, den übrigen Raum nahmen Unterhausmitglieder ein. Der Prinz von Wales betrat den Saal mit den Prinzessinnen des königlichen Hauses. Sodann folgte der Zug des Königs unter Vorantritt von acht Herolden. Den Mittelpunkt bildete das königliche Paar, welches Hand in Hand eintrat. Das Königspaar nahm sodann auf dem Thron Platz, von dem aus der König die Thronrede mit lauter, deutlicher Stimme verlas.

In erster Linie wird in der Thronrede hervorgehoben, daß die Beziehungen Englands zu allen auswärtigen Mächten fortgesetzt freundlich seien. Die Blokade der Venezuela-Häfen habe sich als notwendig erwiesen wegen der Beschimpfung der britischen Flagge und des gegen die Person und das Eigentum englischer Staatsangehöriger begangenen Unrechts und habe zu Verhandlungen zur Regelung aller strittigen Fragen geführt. Der König freut sich, daß eine Beilegung erreicht ist, welche es den Blockademächten ermöglicht, alle feindseligen Flottenoperationen sofort zu Ende zu bringen. Die Thronrede macht sodann Mitteilung vom Abschluß des Vertrages, nach welchem die Alaska-Grenzfrage schiedsrichterlicher Entscheidung unterbreitet wird, und führt aus: „Der Zustand der europäischen Provinzen der Türkei gibt Anlaß zu ernster Besorgnis. Ich habe mich aufs Beste bemüht, dem Sultan und seinen Ministern die dringende Notwendigkeit praktischer, wohlwollender Reformmaßnahmen vorzustellen. Die Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Rußland haben Erwägungen darüber angestellt, von welchen Reformen es wünschenswert wäre, daß die Mächte, die am Berliner Vertrag teilgenommen haben, sie dem Sultan zur sofortigen Annahme empfehlen. Ich vertraue, daß die gemachten Vorschläge sich für den Zweck als ausreichend erweisen werden und daß ich es möglich finden werde, ihnen meine herzliche Unterstützung zu leisten.“ Die Thronrede drückt sodann Bedauern aus, daß die Bemühungen der britischen Regierung, zusammen mit der türkischen Regierung eine gemeinsame Festsetzung der Grenzen des Hinterlandes von Aken durchzuführen, bisher noch zu keiner Abmahlung geführt hätten. Die Verhandlungen über den Gegenstand würden aufs eifrigste betrieben. Sodann erwähnt die Thronrede die Landung englischer Truppen in Ochia zwecks Vorgehens gegen den Mullah, hebt die herzliche Mitwirkung Italiens bei dem Unternehmen hervor und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Operationen das Ergebnis haben werden, die Stämme in den Protektoraten Englands und Italiens vor weiterer Belästigung zu bewahren. Die Entwicklung in Südafrika schreite in befriedigender Weise fort. Der Besuch des Kolonialministers daselbst habe bereits die besten Ergebnisse gezeitigt. Persönliche Besprechungen mit Lord Milner, den Ministern der sich selbst regierenden Kolonien und Vertretern aller Interessen und Meinungen hätten viel dazu beigetragen, die Lösung mancher schwierigen Fragen zu erleichtern und viele Ursachen zu Mißverständnissen zu beseitigen. Alsdann bespricht die Thronrede die Expedition nach Kano, welche hervorgerufen sei durch die feindselige Haltung des dortigen Emirs.

Hierauf kommt der König auf die Krönungsfeierlichkeiten in Delhi zu sprechen, eine Feierlichkeit, deren Glanz beispiellos gewesen sei und bei der von tributpflichtigen Fürstlichkeiten, Häuptlingen und allen Klassen der indischen Bevölkerung erfreuliche Kundgebungen der Loyalität und Hingebung dargebracht worden seien. Der König spricht seine Freude darüber aus, daß diese Feierlichkeit zusammengewallen sei mit dem Verschwinden der Dürre und der landwirtschaftlichen Bedrängnis im westlichen Indien. Die Aussichten für Landwirtschaft und Handel seien jetzt in ganz Indien ermutigender und befriedigender als seit einer Reihe von Jahren. Die

Thronrede bemerkt sodann bezüglich des Budgets: Obgleich dasselbe mit gebührender Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage aufgestellt sei, machten doch die Bedürfnisse des Landes und des Reiches große Ausgaben unabweislich.

Unter den Vorlagen, welche die Thronrede ankündigt, befindet sich eine solche zur Erleichterung des Verkaufs von Farmen an Pächter in Irland, sowie eine Vorlage zur Vervollständigung der in der letzten Session beschlossenen Unterrichtsreform durch Ausdehnung derselben auf London. Andere Gesetzentwürfe betreffen die Durchführung der aus der Brüsseler Zuckerkonvention sich ergebenden Verpflichtungen, Garantierung einer Anleihe zur Entwicklung Südafrikas, Verbesserung der Verwaltung des Hafens und der Docks von London, Regelung der gewerblichen Verwendung von Kindern, Verkauf gefälschter Malfereizugnisse und eine Reihe lokaler Angelegenheiten.

* London, 17. Febr. Oberhaus. Das Haus beginnt die Adressenrede. Lord Spencer führt aus, es sei von guter Vorbedeutung, daß die Thronrede weder China noch Rußland erwähne. Er möchte daraus schließen, daß die dem Auswärtigen Amte über die Beziehungen Englands zu allen am äußersten Osten interessierten Mächten vorliegenden Nachrichten befriedigend seien. Die Venezuelaangelegenheit rief große Besorgnis hervor, weil in England jedermann eifrig bedacht war, daß die guten Beziehungen zu den Unionsstaaten nicht getrübt werden, und weil man das Gefühl gehabt hat, daß England durch das Zusammengehen mit einer anderen Macht in ernste Schwierigkeiten geraten könnte. Er wolle dabei bemerken, daß er alles, was eine Verringerung der gegenseitigen Gesinnungen zwischen England und Deutschland herbeiführen könnte, mit Freude und Genugung begrüßen würde. (Hört, hört!) Er glaube, es würde nur wenige Menschen geben, welche die Regierung tabeln möchten, wenn sie Schritte unternimmt, um Genugung für gewisse Beleidigungen zu erhalten. Es bestehe aber einiger Zweifel, ob nicht ein gemeinsames Vorgehen mit einer anderen Macht, in solchen Angelegenheiten, wenn man nicht sehr auf der Hut sei, unheilvolle Ergebnisse zeitigen könnte. Der Redner erwähnt dann die macedonischen Unruhen. Er wünsche ferner Auskunft bezüglich der von Balfour in seiner Rede in Liverpool über die Expedition nach dem Somaliland getanen Äußerungen. Der Redner drückt schließlich seine Verwunderung über die Energie und Geschwindigkeit aus, mit der Chamberlain in Südafrika die Dinge zum Abschluß zu bringen sucht.

Der Herzog von Devonshire erwidert, Lord Spencer scheine der Ansicht zu sein, daß alle Verhandlungen in der Venezuelaangelegenheit abgeschlossen seien. Das sei nicht der Fall. Es gebe noch Fragen, die einem Schiedsgericht zu unterbreiten seien. Es sei unmöglich, zu sagen, ob nicht selbst unter dem Beistand des Schiedsgerichtshofes sich leicht Fragen erheben könnten zwischen England und anderen Mächten, die hervorgerufen an den Verhandlungen beteiligt waren. Es sei nicht zu leugnen, daß die jüngsten Vorgänge Gefahren mit sich führten. Dies könnte nicht gut anders sein, wenn verschiedene Großmächte es für notwendig erachteten, gegen einen Kleinstaat Ansprüche zu erheben, der keine besonders verantwortliche Regierung besitzt. Die Gefahr sei durch die Tatsache nicht vermindert, daß die Vorgänge aufmerksam, um nicht zu sagen eifersüchtig, von der Regierung der Vereinigten Staaten beobachtet werden, die besonders eifersüchtig auf jede Einmischung Europas in die Angelegenheiten dieses amerikanischen Staates sei. Daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gekommen seien, ohne irgendwelche ernstlichen Folgen für die guten Beziehungen der Mächte, die in höherem Grade für die Wahrung aller Beteiligten, auch für die Diplomaten, die die Verhandlungen führten. Es ist leicht, zu sagen, die venezolanische Angelegenheit sei die Aufregung und Gefahren nicht wert, die sie mit sich brachte, und es hätten keine Schritte zur Erzwingung der Ansprüche getan werden sollen. Diese Ansicht sei aber äußerst kurzfristig und würde sich zuletzt als sehr unbefriedigend erweisen haben, nicht nur für uns, sondern auch für die Vereinigten Staaten. So völlig und rückhaltlos, wie wir die Monroe-Lehre annahmen, an die die Vereinigten Staaten eine so große Bedeutung knüpfen, kann ich mir doch nicht vorstellen, daß irgend etwas hätte getan werden können, das geeignet gewesen wäre, die Bedeutung der Annahme der Monroe-Lehre durch die europäischen Mächte abzuschwächen, und das etwaige Bemühen, in diese Lehre Folgerungen und Grundsätze hineinzufragen, wie von ihren Begründern niemals beansprucht wurden. Vernünftigerweise übernahm die amerikanische Regierung niemals die Verantwortlichkeit für Handlungen der südamerikanischen Regierungen und, wenn mit Rücksicht auf die irtümlich angenommene Empfindlichkeit der Vereinigten Staaten wir oder eine andere Mächte in Europa davon abgesehen hätten, eine Befriedigung unserer Ansprüche zu erzwingen, die wir für gerecht und zur Aufrechterhaltung der eigenen Ehre und zum Schutze unserer Interessen für wesentlich hielten, so hätte dieses Vorgehen die Monroe-Lehre zum Gegenstand des Mißfallens und Widerstandes für jede zivilisierte Macht in der Welt gemacht. Die Amerikaner sind Leute, von sehr praktischen Ansichten und meiner Meinung nach gibt es keinen besseren Weg, ihr Vertrauen zu erlangen, als sie so zu behandeln, daß man ihnen zeigt, daß man sich von der Verletzung seiner Ansprüche nicht durch irgendwelche Befürchtungen vor Empfindlichkeit abbringen läßt, die nicht besteht. Ich freue mich, daß Lord Spencer nicht die thörichte und übertriebene Frage bezüglich der sogenannten Allianz mit Deutschland beibehält. Es ist immer erklärt worden, daß nichts bestanden hat, was einer Allianz gleichkommt. Es hat nur ein gemeinsames Vorgehen zu einem bestimmten und genauen Ziel zwischen Deutschland, England und Italien gegeben. Der Redner wendet sich sodann zu der Frage der westlichen Provinzen der Türkei und sagt, die Vorschläge, welche Oesterreich-Ungarn und Rußland den Unternehmern des Berliner Vertrages gemacht haben, sind bisher nur diesen Mächten vertraulich mitgeteilt worden, der Türkei aber noch nicht. Ueber die Vorgänge im Somaliland erklärt der Herzog von Devonshire, daß nichts derartiges, wie die Besitznahme irgend einer wüsten Einöde oder einer Besitznahme überhaupt geplant sei. Die unter dem Schutze von England und Italien lebenden Stämme, fährt Redner fort, sind vom Mullah in unerträglicher Weise angegriffen worden, und wir haben nach sorgfältiger Ueberlegung gemeinsam mit Italien Maßnahmen ergriffen, die die besten Ansichten auf eine Unterdrückung des Einflusses des Mullah eröffnen. Diese Maßnahmen beziehen sich auf Angelegenheiten von der größten Wichtigkeit für die Interessen des Reiches, nämlich die Sicherheit ihrer Wege nach Indien und Australien. Wir können nicht gestatten, daß unsere Zufuhrstrahlen nach Indien wieder in Kien noch in Afrika gefährdet werden. Ueber die Reise Chamberlains nach Südafrika führt Redner aus: Ich gebe

zu, daß die Fälle, in denen solche Schritte von einem Minister unternommen werden, von außerordentlicher Art sein müssen, aber die Umstände in Südafrika sind außerordentlicher Art. Die Regierung war der Ansicht, daß die Regelung der großen in Frage stehenden Aufgaben durch eine persönliche Untersuchung erleichtert werden würde. Der Gedanke, Lord Milners bewährter Autorität Schranken zu setzen, ist der Regierung niemals in den Sinn gekommen.

Darauf wird die Adresse angenommen und das Haus vertagt sich.

* London, 17. Febr. Unterhaus. Bei Beratung über die Adresse weist zunächst Campbell Bannerman darauf hin, daß in der Thronrede nicht Deutschland mit Bezug auf die venezolanische Frage erwähnt wird und führt dann aus: Wenn es in England Leute gibt, welche meinen, wir dürften uns unter keinen Umständen mit Deutschland verbinden, so kann ich solcher Ansicht nicht beipflichten. Er habe ein enges Zusammengehen mit Deutschland in einer solchen Angelegenheit beklagt, weil der auch von ihm als richtig empfundene Eindruck herrsche, daß Deutschland in einer solchen Vereinigten Staaten so leidenschaftlich aufrecht erhaltenen Lehre von dem Vorrecht der Nichtmischung nicht so günstig gegenüberstehe wie England. Redner bittet schließlich um Auskunft bezüglich der Zuckerkonvention und bezüglich der Lage der Dinge in Macedonien, im Somaliland und Westafrika.

In seiner Erwiderung erklärt Ministerpräsident Balfour bezüglich der Zuckerkonvention, daß sie nach Ansicht der Regierung die Meißbegünstigungsklausel nicht berühre. Die russische Regierung habe eine andere Ansicht gehabt. England habe daher Kündigung des Handelsvertrages angeboten. Seines Wissens habe die russische Regierung jetzt erklärt, da sie eine besondere Ansicht habe, betrachte sie die Angelegenheit gegenwärtig nur als akademische Frage. Die Stellung der Regierung bezüglich des Prämienzuckers aus den Kolonien sei vollkommen klar. Die übrigen Mächte seien er sucht worden, eine Erklärung abzugeben, wenn sie eine von der britischen Regierung abweichende Meinung hätten. Solche abweichende Meinung sei aber nicht zu erkennen gegeben worden. Balfour geht sodann auf die Reise Chamberlains nach Südafrika über und sagt, die Regierung betrete vollkommen die von Chamberlain erklärten allgemeinen politischen Grundsätze. Die macedonische Frage habe seit vielen Jahren alle Staaten Europas beunruhigt. Oesterreich-Ungarn und Rußland seien besonders dazu befähigt, die Führung bei Lösung des Problems zu übernehmen. Gegenüber der Kritik Campbell Bannermans bezüglich der venezolanischen Frage führt Balfour aus, die deutsche Regierung habe die deutschen erklachten Forderungen sorgsam geprüft und als zu Recht bestehend anerkannt. Da Deutschland Forderungen gegen Venezuela hatte, welche den unseren gleichen, machte es den Vorschlag, gemeinsame Sache mit uns zu machen. Deutschland habe hinreichend Grund, allein gegen Venezuela vorzugehen. Würde das aber uns oder Venezuela irgend welchen Vorteil gebracht haben? Gätten wir zwei absolut unbegrenzte Wladaden zu gleicher Zeit haben können? Nicht ein Mensch hätte einen solchen Weg empfehlen können. Der ganze Betrag der britischen und deutschen erklachten Forderungen belief sich auf ungefähr 69 000 Pfund Sterling. Die Verhandlungen sind von uns nicht nur mit größter Mühsucht auf die Gefühle des amerikanischen Volkes und der amerikanischen Regierung, sondern auch unter großer Rücksichtnahme auf Venezuela selbst geführt worden. Vielleicht ist niemals ein Krieg geführt worden, der dem schwächeren Teile so wenig Schaden gebracht hat.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 18. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Vabo und nahm dann die Meldung des Generalmajors von Fabeck, Kommandeurs der 25. Infanteriebrigade, entgegen.

Nachmittags erhielten die Höchsten Herrschaften den Besuch Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen, Königs und Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Max, Höchstweldche sich vor der morgen bevorstehenden Abreise verabschiedeten. Hierauf hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Legationsrats Dr. Seyb.

Abends 6 Uhr gelangt im Großherzoglichen Schlosse die Wiederholung des Menuetts am „Hofe Marie Antoinettes“ aus der Wohltätigkeits-Vorstellung in der Festhalle vom 4. d. M. zur Aufführung.

Ihre königliche Hoheit die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen wird morgen, Donnerstag, den 19. d. M. die Reise nach Rom antreten und den Weg über München nehmen.

* Im Monat Januar 1903 gelangten bei der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 408 Anträge zur Anzeige, wovon 311 auf die Landwirtschaft und die mittelständigen Nebenbetriebe, 92 auf die Forstwirtschaft entfielen. Erstmals entschädigt wurden 265 Fälle und an Jahresrenten hierfür 23 205 M. 30 Pf. zur Zahlung angewiesen. In 30 Fällen wurden auf später festzusetzende Renten Vorzuschüsse im Gesamtbetrag von 1202 M. 50 Pf. geleistet. Unter den entschädigten 265 Fällen sind 15 Fällen mit tödlichem Ausgang und wurden an die Hinterbliebenen Sterbegelder im Gesamtbetrag von 750 M. bezahlt, während an 9 Witwen und 8 Kinder Jahresrenten von zusammen 942 M. 50 Pf., resp. 597 M. 50 Pf. zur Zahlung angewiesen wurden. Ein ganzer Mann zu Anfang des Jahres 1903 = 14 579 Personen im Rentengenuß; davon schieben im Laufe des Monats Januar 1903 durch Einstellung der Renten = 47 und durch Tod = 45 aus. Unter Berücksichtigung des Zuganges pro Januar 1903 bezogen somit auf 1. Februar 1903 = 14 752 Personen Renten. Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des Monats Januar 1903 Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 98; in 182 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezuge vorgenommen werden.

* (Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion des Großh. Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgeteilt: Das Lustspiel „Der Kandidat“ von G. Stoschopf, welches am Montag, den 23. d. M., durch das Straßburger Elfsässische Theater im hiesigen Hoftheater in Szene geht, obwohl er für die Politik so gut wie kein Verständnis hat, durch den Ehrgeiz einer von ihm umworbenen geschiedenen Frau so weit hat treiben lassen, daß er sich als Kandidat für den Gemeinderat aufstellen läßt, um dort den geschiedenen Gatten seiner Angebeteten, welcher Stadtrat ist, gehörig ärgern zu können. Er gerät bei seinen Bemühungen von einer Ver-

legenheit in die andere und nimmt im Drange der Ereignisse die verschiedenen Programme aller Parteien nach einander an; mit Hilfe aller erdenklichen Wahlmanöver gelingt es ihm endlich auch, gewählt zu werden. Sobald aber die Parteien, welche von dem Wahlkandidaten an der Nase herumgeführt worden waren, erfahren, wie die Wahl zu stande gekommen ist, verlangen sie stürmisch die Demission des Gewählten. Aus dieser für ihn fatalen Lage wird er von einem jungen Advokaten, der um seine Tochter freit, aber bis jetzt vor den Augen des Vaters noch nicht Gnade gefunden hatte, gerettet. Dieser findet schließlich den Ausweg aus dem Labyrinth, indem er die drei bürgerlichen Parteien in geschickter Weise dazu überredet, den Gewählten als Vertreter der vereinigten Ordnungsparteien gelten zu lassen. Stoskopf's Kandidat ist ein politisches Sittenbild und feht seine Spitze mit schonungsloser Schärfe gegen die verächtlichen Artzettel, welche sich manchmal in Parteien einfinden, um dieselben zu ihren privaten Zwecken zu mißbrauchen. Stoskopf hat in seinem Lustspiel hauptsächlich typische Straßburger Verhältnisse im Auge. Die „Straßburger Zeitung“ (Jahrgang 1899, Nr. 46) sagt davon: „Mit jedem Jahre haben sich bei uns in Straßburg die Wahlsitten, wenn nicht mehr verwildert, so doch immer mehr verdorben. Das Wählen ist vielfach eine große Komödie geworden und es hatte Stoskopf beim Entwerfen seines „Kandidaten“ beinahe nichts anderes zu tun, als ein photographisches Bild einer solchen Komödie zu geben. Daß er den Mut gehabt hat, dies zu tun, gerührt ihm zu hoher Ehre.“ Trotz der ausgesprochenen Tendenz der Satire war der Erfolg in Straßburg ein bedeutender, wenn möglich noch größer, als derjenige des „Herrn Maire“. Es hat sich eben auch hier wieder bewährt, daß man im Lachen die Wahrheit gerne hört, und für reiden Anlaß zum Lachen hat Stoskopf sowohl in der satirischen Hauptbehandlung, als auch in den eingestreuten fälschlichen Episoden ausgiebige Sorge getragen.

* Wie man uns mitteilt, hat Geh. Rat Dr. v. Weech nicht namens des Großh. General-Landesarchivs am Grabe des verstorbenen Staatsministers Dr. Koff einen Kranz niedergelegt, sondern namens der Badischen Historischen Kommission, deren Ehrenvorsitzender der Verstorbene war.

* (Feuerwache.) Auf Antrag des Kommandos der Freiwilligen Feuerwehr hat der Stadtrat genehmigt, daß dieses Jahr erstmals am Faschachtsontag und am Faschachtsdienstag die Nachtfeuerwache statt von abends 8 Uhr ab schon von nachmittags 2 Uhr ab in Dienst gestellt wird.

(Sitzung der Strafkammer I vom 16. Februar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Freiherr von Müdt. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Referendar Gad. — Der vielfach vorbestrafte Hauswache Heinrich Feder aus Gollheim, der sich im Monat November v. J. bei verschiedenen hiesigen Geschäftsleuten Waren im Werte von etwa 140 M. erschwindelte, war wegen Betrugs angeklagt. Er wurde unter Anrechnung von 2 Wochen Untersuchungshaft zu 1 Jahr 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust verurteilt. — In geheimer Sitzung wurde die Anklage gegen den Maschinenarbeiter Severin Rahn aus Gollheim, hier wohnhaft, wegen Eitelkeitsverbrechens verhandelt. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, und 3 Jahre Ehrverlust. — Von der Anklage wegen Körperverletzung wurde der Zimmermann Friedrich Bernhard Kimmel aus Hiltheim freigesprochen. — In der Anklagesache gegen drei Wilderer aus Welschneureuth wegen Jagdvergehens erkannte der Gerichtshof gegen den Maurer Wolf Dünke auf 4 Monate, gegen den Tagelöhner Jakob Schmitt und den Zimmermann Karl Wilhelm Merz auf je 3 Monate Gefängnis. — Eine empfindliche Strafe sprach der Gerichtshof gegen den Hauswache Heinrich Schreiber aus Straßburg wegen Erpressung und Erpressungsversuch aus. Der Angeklagte hatte seinerzeit durch Briefe, in denen er mit einer gerichtlichen Anzeige wegen strafbarer Handlungen drohte, den Landwirt J. Büntel in Anielingen zur Eingabe von 200 Mark und 24 Francs bewegen, und sich von dem Futtermeister Müller hier 600 M. zu erpressen versucht. Schreiber wurde unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust verurteilt. — Wegen Diebstahls im Rückfalle bestrafte das Gericht die Dienstmagd Bertha Dipp aus Forstheim mit 10 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

(Aus dem Polizeibericht.) Ein 16 Jahre alter Ausläufer von hier stahl am 10. d. M. in der Südstadt ein Fahrrad im Werte von 80 M. und hat sich damit von hier geflüchtet. — Am 14. d. M., nachmittags, wurde aus einem Hausgange einer Wirtschaft in der Gartenstraße ein Fahrrad mit der Polizeinummer Nr. 4244 im Werte von 150 M. von einem Unbekannten gestohlen und am 16. d. M. aus einem Hofe in den Ruckwalsanlagen ein anderes Fahrrad mit der Polizeinummer 10 600 im Werte von 120 M.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Wie aus Mannheim gemeldet wird, hat Seine Majestät der Kaiser dem 2. Bad. Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110 anlässlich seines Geburtstages eine Stiftung in Höhe von 25 000 M. überwiesen. — Während der Postbote Körkel auf seinem Postweg in die Wohnung des Viehwirtschafters der Großh. Domänenverwaltung, die etwa ein Kilometer in nordwestlicher Richtung von Eckartsweiler liegt, die Post befestigte, wurde ihm von seinem Fußwärtler ein Betrag von etwa 700 M. gestohlen. Der Tat verdächtig wurden bereits drei dem fahrenden Volk angehörende Personen verhaftet. Der Gemeindevorstand in Hornberg pro 1903 stellt sich in Einnahmen auf 60 618 M., in Ausgaben auf 84 876 M., so daß 24 258 M. zu beden sind. Der Umlagefuß beträgt 55 Pf.

Die macedonische Frage. (Telegramme.)

* Wien, 18. Febr. Die österreichisch-russische Reformnote ist gestern den Kabinetten in Berlin, London, Paris und Rom überreicht worden und soll, wie die „N. Fr. Pr.“ meldet, am Donnerstag der Pforte übermittelt werden. Sollten seitens der Mächte Einwendungen erhoben werden, erfolgt die Ueberreichung an die Pforte erst am Samstag. Die Reformvorschläge Oesterreichs und Rußlands sind finanzielle und administrative Natur, zum überwiegenden Teile solche, welche die Pforte bereits selbst wiederholt machte, aber nie ausführte. Neu ist die Forderung, daß die Zehnteneinräume nicht mehr nach Konstantinopel geschickt, sondern im Lande für dessen Verwaltung verwendet werden. Ferner soll ein Gouverneur ernannt werden, der zwar kein Christ sein muß, aber so ausgedehnte Vollmachten erhalten soll, daß er nicht in jedem einzelnen Falle sich um Instruktion an die Pforte zu wenden braucht.

* Paris, 18. Febr. Der „Matin“ veröffentlicht ein Gespräch seines Berichterstatters mit Delcassé, in dem dieser folgendes gesagt haben soll: Man sage nicht, daß unser Reform-

programm für Macedonien unzureichend sei. Ich habe jedoch die offizielle Mitteilung eines Vertreters der macedonischen Bevölkerung erhalten, die mit dem Aufstande droht, und diese Mitteilung schließt mit den Worten: Wenn das von dem Minister Delcassé dem türkischen Vorkascher übermittelte Reformprogramm angenommen und angewendet wird, dann werden wir zweifellos befriedigt werden. Aber, fuhr Delcassé fort, was verlangt man von mir, daß ich für Frankreich allein die Verantwortung übernehme für ein Werk, das international bleiben soll? Daß ich mich in ein Abenteuer stürze, wo ich Gefahr laufe, einen Konflikt heraufzubeschwören, dessen Ausdehnung zur Stunde niemand voraussehen kann? In Macedonien stehen wir nicht, wie auf Kreta, einem einzigen Volksstamm gegenüber; da leben die verschiedenartigsten Rassen, die gegeneinander alten Haß hegen. Die Unabhängigkeit würde dort die Anarchie, die Teilung würde den Krieg bedeuten. Frankreich kann nicht die Pflichten verfehlen, die es gegen die Menschheit hat, aber es hat ebenso wenig die Pflichten, zu verfehlen, die es gegen sich selbst hat.

* Sofia, 17. Febr. Sobranje. In Beantwortung einer Interpellation über die Auflösung der macedonischen Komitees erklärte der Ministerpräsident, er habe die Maßregel ergriffen, um die wichtigsten Interessen des Staates zu erhalten. Das Fürstentum Bulgarien sei kein Herd für die Unruhen in Macedonien. Bulgarien müsse die Haltung einnehmen, durch die es das Recht erlange, von den Mächten eine Besserung der den Frieden bedrohenden Lage im Nachbarreiche zu fordern. Das Bestreben Bulgariens müsse darauf gerichtet sein, daß die Mächte die Lösung der macedonischen Frage selbst in die Hand nehmen. Wir haben, so führte der Minister aus, in Macedonien keine Eroberungsabsicht und werden glücklich sein, wenn in diesem Lande die Ordnung wieder hergestellt wird. Wir müssen durch unsere lokale Haltung die Macedonier in der Richtung beeinflussen, daß sie nicht von dem Gedanken sich hinzugeben lassen, Bulgarien könnte an ihren Bewegungen teilnehmen. Die obersten Interessen des bulgarischen Volkes erheischen, daß Friede auf der ganzen Linie herrsche.

* Konstantinopel, 18. Febr. Achtundzwanzig albanesische Chefs und Notabeln der Bezirke von Jpek und Djakowa haben eine Vereinigung gegen die Reformen geschlossen, welche die Albanesen (angeblich) schädigen könnten.

Die marokkanische Frage. (Telegramme.)

* Tanger, 17. Febr. Das langsame Vorgehen der Regierung in Marokko bei der Unterdrückung des Aufstandes führt der Sache des Präsidenten neue Kräfte zu. Der Abgesandte des Sultans, Muley Arasa, ist an der Küstflotte gelandet, kann aber wegen Widerstandes der Riiffstämme nicht ins Innere des Landes vorrücken.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 17. Febr. Im Abgeordnetenhaus ging eine Interpellation Vargmann und Genossen ein, welche lautet: Hat die Staatsregierung Kenntnis genommen, daß der Bischof von Trier Eltern von den Kindern, welche eine staatliche Schule besuchen, die Absolution verweigerte, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Regierung gegen diese geistlichen Ueberriffe zu ergreifen?

* Oldenburg, 17. Febr. Der Landtag hat nach längerer Debatte die Vorlage der Regierung über die Stempelsteuer abgelehnt und beschloß, die Regierung zu eruchen, die Versteigerung der Stempelsteuer in die in Aussicht gestellte Steuerreform einzubeziehen.

* Braunschweig, 18. Febr. Der Landtag beschloß einstimmig, die Regierung zu eruchen, ihren Bevollmächtigten anzuweisen, daß er gegen die Wiedergulassung der Jesuiten stimme.

* Darmstadt, 18. Febr. In der gestrigen Nachmittagsitzung der zweiten Kammer erklärte Staatsminister Nothe auf eine Anfrage, daß die hiesige Regierung die Gründe nicht verkenne, welche dafür sprächen, den Reichstagsabgeordneten Diäten zu bewilligen. Nicht minder seien derselben die Bedenken, die dem entgegenstehen, bekannt. Die hiesige Regierung erachte aber die ersteren den letzteren gegenüber für überwiegend. Das Haus nahm schließlich einstimmig ein Ersuchen an die Regierung an, im Bundesrat auf nachdrücklichste für die Bewilligung von Diäten einzutreten.

* Budapest, 17. Febr. Abgeordnetenhaus. Im Verlaufe der Rede des Landesverteidigungsministers Freiherrn von Fejervary kam es zu einem stürmischen Zwischenfall. Der Minister rief dem Abg. Jolian Lengyel (Kosovapartei) auf eine von diesem ausgesprochene Behauptung hin: „Sie lügen!“ zu und wiederholte mit erhobener Stimme den Zuruf. Es entfiel hierauf ein ungeheurer Tumult. Die Abgeordneten verließen ihre Plätze und gerieten unter einander in heftigen Wortwechsel. Der Tumult dauerte mehrere Minuten. Die Opposition schreit unaufhörlich: „Der Minister darf nicht mehr zu Worte kommen!“ Es wird auf die Vultbedel geklopft. Als sich der Präsident endlich Gehör verschafft hat, ruft er den Minister des unparlamentarischen Ausdrucks wegen zur Ordnung. Freiherr von Fejervary sagt hierauf, er unterwerfe sich dem Ordnungsruf des Präsidenten und stehe nicht an, sein Bedauern wegen des starken Ausdrucks, der ihm entschlüpft sei, auszusprechen. Stürmische Ejzenrufe rechts. Der Minister kann hierauf keine Rede ungeführt fortsetzen. Beim Schluß derselben werden Fejervary große Ovationen seitens der Regierungspartei dargebracht, während die Opposition in ironische Hochrufe ausbricht. — Infolge des Konfliktes, den Minister Fejervary im Abgeordnetenhaus mit dem Abg. Lengyel hatte, ließ Lengyel den Minister fordern.

* Paris, 18. Febr. Das Kolonialministerium hat ein Telegramm aus Librevilla (franz. Congo) erhalten, daß die französischen Truppen bei Birallali ein Gefecht mit Fuzaregs gehabt hatten. Letztere wurden mit erheblichen Verlusten in die Flucht geschlagen. Auf französischer Seite sind zwei Offiziere leicht verwundet worden.

* Rom, 17. Febr. Kammer. Die Beratung des von Mirabelli am Samstag namens der republikanischen Abgeordneten eingebrachten Antrags, betreffend die militärischen Ausgaben wird fortgesetzt. Roma n befreitet, daß die Ausgaben des Kriegsbudgets nicht im Einklange ständen mit der Finanzlage des Staates. Italiens Ausgaben für das Heerwesen seien niedriger als die entsprechenden Aufwendungen anderer Länder. Redner spricht sich schließlich in anerkannter Weise über das Heer aus, das die sicherste Hoffnung des Landes und die beste Garantie des Friedens sei. (Beifall.) Giotti (Soz.) tritt für den Antrag ein. Bettolo weist die Notwendigkeit einer starken Marine nach, die die Aufgabe habe, überall da für Italiens Rechte einzutreten, wo Italiener ar-

beiten und des nationalen Schutzes bedürfen. (Lebhafte Zustimmung. Die italienische Marine habe bei den jüngsten internationalen Konflikten die Ehre hochgehalten. Die Sitzung wird darauf aufgehoben.)

* Stockholm, 18. Febr. Die Regierung brachte im Reichstage eine Vorlage ein, betreffend Beitritt Schwedens zur Brüsseler Zuckerkonvention.

* Aken, 18. Febr. Die Dublin-Füsilier und die 23. Bombay-Schützen, sowie eine Gebirgsbatterie, die gegenwärtig hier stationiert sind, erhielten Befehl, sich nach Athala, an der Grenze des türkischen Hinterlandes, zu begeben.

* Washington, 18. Febr. Amerika nahm unter Voraussetzung der Ratifizierung des schwedischen Vertrages mit Columbien das Angebot der Panamagesellschaft, ihr Eigentum und ihre Rechte am Kanal für 40 Millionen Dollars zu erwerben, formell an. Damit wird die Dauer des Vorlaufsrechtes, das sonst am 4. März erloschen wäre, verlängert.

* Baarl (Kapland), 17. Febr. Unter den Begrüßungsadressen, welche Chamberlain bei seinem Eintreffen überreicht wurden, und in denen die Hoffnung auf eine Vereinigung der weißen Rassen in Südafrika ausgesprochen wird, befand sich auch eine Adresse der deutschen Einwohner Baarls. In seiner Erwiderung sagte Chamberlain, daß er sich freue, eine Adresse von deutschen Genossen in der Kolonisation zu erhalten. Er hob die Loyalität und das gute Verhalten der Deutschen unter britischer Flagge hervor und begrüßte sie als britische Untertanen, deren Vorrechte ihnen, wie er hoffe, niemals entzogen würden, vorausgesetzt, daß sie sie nicht dazu benutzen, Englands Stellung zu untergraben. Der gegenwärtige Zustand sei nicht zufriedenstellend. Die Männer seien einander entfremdet, Familien durch die Feindseligkeiten geschieden.

Verschiedenes.

† Berlin, 18. Febr. Die „Nationalzeitung“ meldet: Theodor Mommsen wurde gestern an der Ecke der Friedrichstraße und Mittelstraße von einer Droschke angefahren, auf das Pflaster geworfen und am Hinterkopfe leicht verletzt. Er fuhr ohne Hilfe nach Hause. — Wie weiter gemeldet wird, befindet sich Professor Mommsen ganz wohl auf.

† Berlin, 18. Febr. Die „Voss-Ztg.“ meldet: In einem hiesigen Varietheater wurden bei der „Nacht im Todesring“ gestern abend drei Radfahrer aus dem Ring herausgeschleudert. Einer blieb tot, zwei wurden schwer verletzt.

† Berlin, 18. Febr. (Telegr.) Die Konvention der rumanischen fünfprozentigen fünfjährigen Schatzanweisungen hat einen vollen Erfolg gehabt. Die Kündigung der ganzen Anleihe steht unmittelbar bevor.

† Bordeaux, 18. Febr. (Telegr.) In Courrejeau ist eine große Gerberei gestern niedergebrannt. Der Schaden beträgt 2 Millionen Francs.

† Messina, 17. Febr. (Telegr.) Heute wurde hier eine starke Erderschütterung verspürt. Schaden wurde nicht angerichtet.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 19. Febr. Abt. A. 40. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Die Journalisten“, Lustspiel in 5 Akten von Freytag. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Freitag, 20. Febr. Abt. B. 39. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Lobetsang“, Bühnenstück in 3 Akten von Ludwig Thuille, Dichtung von D. S. Vierbaum. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Samstag, 21. Febr. Abt. C. 39. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Im weißen Röhl“, Lustspiel in 5 Akten von Oscar Plumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Wetter am Dienstag, den 17. Februar 1903.

Hamburg nachts Regen; Swinemünde, Neufahrwasser, Breslau trüb; Münster und München ziemlich heiter; Metz und Chemnitz heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 18. Februar 1903, vormittags 7 Uhr.

Triest wolkenlos — 0 Grad, Nizza heiter 2 Grad, Florenz wolkenlos — 2 Grad, Rom wolkig 2 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrogr. vom 18. Februar 1903.

Eine flache Depression ist über Polen erschienen und hat für das östliche und nördliche Deutschland trübes und wärmeres Wetter mit Regen- und Schneefällen gebracht. In der westlichen Hälfte Mitteleuropas, die noch von einem barometrischen Maximum bedeckt wird, herrscht dagegen meist heiteres Frostwetter. Eine wesentliche Witterungsänderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologie. Station Karlsruhe.

Februar	Barom.	Therm.	Wind.	Feuchtigkeit.	Wind.	Himmel.
16. Nachts 9 ^u 11.	763.8	-0.2	4.3	94	NE	heiter
17. Mrgs. 7 ^u 11.	763.3	-6.0	2.7	95	"	"
17. Mitts. 2 ^u 11.	768.4	+2.6	2.6	45	"	"
17. Nachts 9 ^u 11.	767.8	-1.7	3.0	75	"	"
18. Mrgs. 7 ^u 11.	767.9	-6.2	2.5	90	"	"
18. Mitts. 2 ^u 11.	767.9	+3.4	2.8	47	SE	"

Höchste Temperatur am 16. Februar: 3.9; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -6.5

Niederschlagsmenge des 16. Februar: 0.3 mm.

Höchste Temperatur am 17. Februar: 2.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -7.0

Niederschlagsmenge des 17. Februar: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 17. Februar: 3.18 m, gestiegen 12 cm — 18. Februar: 3.22 m, gestiegen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.

Muskelschwächen, durch Krankheit entkräfteten, eng- und schmalbrünnigen mit Haltungsehlern, Rückgratsverkrümmungen u. A.

Behafteten Kindern und jungen Leuten bietet das gymnastisch-orthopädische Institut Zahn, Karlsruhe, Viktorialstraße 3, erfolgreichste Behandlung. Eintritt jederzeit. Prospekt und beste Empfehlungen durch das Institut und die Buchhandlungen von Kundt und Uriel kostenfrei zu beziehen.



Predilectos No. 50, milde, angenehme, volle Sumatra-Felix
 pr. 1000 Mk. 47.— = Probebeutel Mk. 4.70.
 Wiederverkäufeln als Force-Cigarre sehr zu empfehlen.
 W-774.12 E. P. Hieke, Karlsruhe i. B.

Samstag, den 21. Februar 1903, abends 8 Uhr:
Festhalle Karlsruhe



GROSSER

verbunden mit



ASKENBALL

Prämierung



der schönsten und originellsten Herren- und Damenkostüme im Gabenwert von 520 Mk. (6 Herren- und 10 Damenpreise, darunter je

100 Mk. bar als 1. Herren- und als 1. Damenpreis), sowie der schönsten und originellsten Gruppen, jede aus mindestens vier Personen bestehend (4 Geldpreise von

300 Mark, 150 Mark 80 Mark und 50 Mark).

Ball- und Konzert-Musik,

ausgeführt von den vollständigen Kapellen des 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, unter Leitung des Rgl. Musikdirektors Herrn Böttge, und des 1. Bad. Leib-Dräger-Regiments Nr. 20, unter Leitung des Stabstrompeters Herrn Köhn.

PROGRAMM:

- | | | | |
|---|-----------------|--|-------------|
| 1. „Perpetuum mobile“, Marsch | Fr. v. Blon. | 18. „Alt Wien“, Walzer | Sanner. |
| 2. Ouverture z. Operette „Franz Schubert“ | Suppe. | 19. Rheinländer: „Lodenbüschchen“ | Zitoff. |
| 3. Potpourri a. d. Op. „Das Bildchen des Eremiten“ | Wallart. | 20. Française: „Nanon“ | Genée. |
| 4. Polonaise: „500 000 Teufel“ | Graben-Hofmann. | 21. Mazurka: „Willst du mein Liebster sein?“ | Waldner. |
| 5. Walzer: „Carmen Sylva“ | Jwanowicz. | 22. Française: „Die goldene Märchenwelt“ | Beré. |
| 6. Française: „Die schöne Helena“ | Offenbach. | 23. Walzer a. d. Poffe: „Der Walzerkönig“ | St. fens. |
| 7. „Air de la Princesse“ | Clarens. | 24. Mazurka: „Die Wibelte“ | Strauß. |
| 8. Schottisch: „Prima Vista“ | Heber. | 25. Schottisch: „Achtung! Polka militair“ | Waldteufel. |
| 9. Bella-Mazurka | Walzteufel. | 26. Walzer: „Eisenreigen“ | Gungl. |
| 10. Française: „Der Vogelhändler“ | Jeller. | 27. Ländler: „à la Cour“ | Faust. |
| 11. Elektrische Funken, Potpourri | Hause. | 28. Schottisch: „Plattergold“ | Faust. |
| 12. Walzer: „Nachtischwärmer“ | Bieher. | 29. Mazurka: „Schön Mädchen“ | Giese. |
| 13. Française a. „Der Wahrheitsmund“ | Blahbeder. | 30. Française: „Weidmanns-Zubel“ | Hermann. |
| 14. Mazurka: „Hand in Hand“ | Patann. | 31. Kreuz-Polka | Endschofer. |
| 15. „Eine lustige Fahrt durch die musikal. Welt“, Potpourri | Kautien. | 32. Walzer: „Rosen aus dem Süden“ | Strauß. |
| 16. Ländler: „Wamsell Angot“ | Vecoca. | 33. Française: „Fasnachtstrubel“ | Waber. |
| 17. Polonaise | Schwarz. | 34. Sturm-Galopp | Gleisner. |

Die mit geraden Nummern bezeichneten Stücke werden von der Grenadier-Kapelle, die mit ungeraden Nummern bezeichneten werden von der Dräger-Kapelle gespielt.

Nach der Preisverteilung 1 Stunde Pause.

Eintrittskarten im Vorverkauf für die Person zu 3 Mk. sind von Mittwoch, den 18. Februar bis Samstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, zu haben bei:

- Herrn Kaufmann **F. Kühnel**, Durlacher-Allee 4,
K. Frey, Kaiserstraße 99,
M. Sahn, Kronenstraße 35,
A. Stauffert (P. E. Küter's Detail), Kaiserstraße 113, Ecke Adlerstraße,
H. S. Dietrich, Kaiserstraße 177,
E. Dahlemann, Ecke der Kaiser- und Herrenstr.
A. Lindenlaub, Kaiserstraße 191,

- Herrn Kaufmann **G. Schneider**, Ecke der Kaiser- und Waldstraße,
A. L. Beck, Kaiserstraße 150,
 Posamentier **Fr. Betsch**, Kaiser-Allee 51,
 Hoflieferant **W. L. Schwaab Nachf.**, Amalienstraße 19,
 Kaufmann **Chr. Wieder**, Kriegstraße 3a,
A. Steinmann, Werderstraße 42,
 Friseur **K. Schnellbach**, Schützenstraße 18.

Kassenpreis am Ballabend in der Festhalle 3 Mk. 50 Pfg. für die Person. Karten zu 3 Mk. 50 Pfg. für numerierte Balkon- und Galerieplätze (erste Reihe) werden in beschränkter Zahl bei Herrn Kaufmann **E. Dahlemann**, Ecke Kaiser- und Herrenstraße, abgegeben.

Saal- und Galerieöffnung um 7 Uhr abends. Eingang in den Saal durch den Garberobebau rechts vom Hauptportal, zur Galerie auf den neuen Galerietreppen rechts und links vom Hauptportal. In den Ballsaal ist der Zutritt nur im Maskenostium oder Ballanlag gestattet. Eine Maskengarderobe befindet sich im Garberobebau. Das Garberobegeld beträgt 20 Pfg. für zur Abgabe kommende Gegenstände. Programme und Tanzkarten sind, erstere zu 10 Pfg., letztere zu 20 Pfg. das Stück, am Saaleingang zu haben. Das Rauchen ist im Ballsaal sowohl vor wie nach der Pause strengstens untersagt. Ebenso ist das Werfen mit Papierschlagen Confetti und dergl. in den Ballräumen polizeilich verboten.

Das Vorausbelegen von Tischen und Stühlen in den Ballsälen ist nur mit Zustimmung der Ballkommission gestattet. Kindern im schulpflichtigen Alter wird der Zutritt zu den Ballsälen — auch in der Darstellung von Gruppenbildern — nicht erlaubt.

Das Mitführen von Pferden und Hunden ist unstatthaft. Kontrollmaßregeln: Die an den Eintrittsorten b. findlichen Abschnitte werden beim Betreten der Ballräumlichkeiten von dem Aufsichtspersonal abgetrennt und zurückgehalten; die Karten selbst sind von den Inhabern sorgfältig aufzubewahren, da sie bei einer stattfindenden Kontrolle als Ausweis zu dienen haben. Wer ohne Karte betroffen wird, hat Ausweisung zu gewärtigen. Bei vorübergehendem Verlassen der Festhalle wolle man sich von dem Aufsichtspersonal einen Abschnitt verabsorgen lassen, da nur gegen dessen Zurückgabe der Wiedereintritt gestattet ist.



G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Badische Notars-Zeitschrift

Herausgegeben vom Badischen Notarverein.
 Verantwortlicher Leiter:
 Notar **Werkel Triberg**

I. Jahrgang 1903.
 Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich und ist nur durch die Post zu beziehen.
 Ganzjährig 5 Mark.

Heidelberg-Neuenheim. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Tochterpensionat „Villa Victoria“.

Wissenschaftl., fremdsprachl., gesellschaftliche Ausbildung. Gepr. deutsche, franz. und engl. Lehrerin im Hause. Vorträge von Professoreu. Großer Garten. Beschränkte Anzahl ja. M. Ref. und Prop. durch die Vorstherin **Frau Brückmann.** P337 5

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
 Entmündigung.
 P. 518. Gernsbach. Durch diesseitigen Gerichtsbeschluss vom 13. Februar 1903 Nr. 1667 wurde die Ehefrau des Spegereihändlers **Sigmund Lang, Josefine geb. Streb**, in Görden wegen Trunksucht entmündigt und hat dieselbe die Kosten des Verfahrens zu tragen.
 Dies veröffentlicht:
 Gernsbach, den 14. Februar 1903.
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts. Guber.**
 Großh. Amtsgerichtsschreiber.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Zum Ausnahmetarif für die Beförderung von Eisenwerk u. s. w. zum zellulandischen Hochofen- und Bleihüttenbetrieb vom 1. Juni 1901 ist der Nachtrag X, gültig vom 15. Februar 1903 ausgeben worden.
 Karlsruhe, den 17. Februar 1903.
 Großh. Generaldirektion.

Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.

Mit Gültigkeit vom 16. Februar 1903 wird die Station **Michelau** der elsass-lothringischen Eisenbahnen in das Tarifheft 4 (Verl.-hr Baden-Reichsbahn) aufgenommen.
 Nähere Auskunft erteilen die Stationen.
 Karlsruhe, den 17. Februar 1903.
 G. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Flügel und Pianinos

der weltberühmten Firmen **Bechstein, Blüthner, Steinweg Nachf., Steinway & Sons, Ibach, Kaim, Kaps**, im Preise von 775 bis 1700 Mark und höher; ganz hervorragend gediegene **Mittelfabrikate** im Preise v. 550 bis 680 Mk., ferner dauerhafte **Studierpianos** — auch zur Ausübung einfacher Hausmusik sehr geeignet — für 450 bis 520 Mk. empfiehlt in T. 14.9 grossartiger, unübertroffener **Auswahl** der alleinige Vertreter **Ludwig Schweisgut** **Karlsruhe** Erbprinzenstr. 4. Telephon 1711.

Junger Mann, 29 Jahre alt, mit sehr guten Zeugnissen, absolut nüchtern, fleißig und ehrlich, sucht Stellung als **Rutscher — Hausdiener** oder sonstige bauernde Stellung. Eintritt nach Belieben. Offerten unter **V. 496 an** **Saafenstein & Vogler A. G.** **Karlsruhe.** P. 559

IV. Grosse Geld-Lotterie

d. Bad. Landesvereins v. Roten Kreuz
 Ziehung schon **7. März 1903**
 3888 Geldg. 44000
 zus. Mk. 44000

Hauptgew. M. 15000
1 Gew. M. 15000
1 Gew. M. 5000
2 à 1000 = 2000
4 à 500 = 2000
30 à 100 = 3000
150 à 20 = 3000
400 à 10 = 4000
 u. 2800 zus. 10000

Auszahlbar bar ohne Abzug.
 I Los 1 M., II Los 10 M.
 Porto und Liste 25 Pf.
 Nachnahme tourer, empfiehlt **J. Stürmer, Strassburg i. E.**
 General-Debit, Langestr. 107
Carl Götz,
 Karlsruhe, Hebelstr. 11/15.

38. gebildete Kindergärtnerin

sucht Stellung bei jüng. Kindern, würde sich auch im Hause nützlich machen. Off. mit Bedg. u. Gehaltsangabe **P. 1209 postl. Frankenthal-Pfalz.**

Bekanntmachung.

Die Ausloosung von 4 Schulverschreibungen der isr. Gemeinde hier à 300 Mark findet am **Montag den 2. März d. J. Vormittags 11 Uhr** im Sitzungszimmer des Synagogenrats, Herrenstraße Nr. 14, Seitenbau II. Stock, statt.
 Karlsruhe, den 16. Februar 1903.
 Synagogenrat.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Im oft-, mittel-, südwestdeutschen Verkehr sind mit Wirkung vom 15. Februar 1903 die Station **Singen** in die bestehenden Ausnahmetarife für Eisen und Stahl Nr. 9a und 9b und die Station **Mannheim** in die neuen Ausnahmetarife für Eisen und Stahl 9d und 9e einbezogen worden. Nähere Auskunft erteilen die bezeichneten Stationen.
 Karlsruhe, den 16. Februar 1903.
 Großh. Generaldirektion.